

## ***Diskussionsveranstaltung: „Let Lisbon Live?! - Kommt Europa aus der Krise?“***



**Gut ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags ist die politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union durch die Wirtschafts- und Währungskrise bedroht. Entgegen den Verheißungen des Reformvertrags werden viele wichtige Entscheidungen weiter hinter geschlossenen Türen getroffen. Auf Einladung des Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht, der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Filiz Polat und der Bundestagsabgeordneten Viola von Cramon wurde am 19. Juni in Hannover über Möglichkeiten diskutiert, den Vertrag von Lissabon mit dem notwendigen Leben zu füllen.**

**Anja Piel**, Landesvorsitzende der niedersächsischen Grünen, sprach in ihrem Grußwort die zahlreichen politischen Herausforderungen an, denen die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon gemeinsam begegnen müsse. Für den Bremer Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Reinhard Loske** ist der Reformvertrag ein gelungener Anlass, die Europapolitik auf Landesebene zu stärken. Die praktische Arbeit von Senator Loske zielt darauf ab, EU-Mittel ins Land zu holen, bremische Interessen in Brüssel zu vertreten und eine europapolitische Öffentlichkeit zu schaffen. Trotz des unmittelbaren Nutzens der Europäischen Union für die Bevölkerung sei aber auch die Skepsis ihr gegenüber groß. Von linker Seite würden die greifbaren Vorteile des Binnenmarkts für die Bevölkerung weitgehend ignoriert und das europäische Projekt als unsozial

gebrandmarkt. Konservative Vorbehalte gegenüber einer weiteren europäischen Integration hätten sich in landespolitischen Debatten in jüngster Zeit am Negativbegriff der Transferunion gezeigt.

### **„Der EU Maßnahmen ins Stammbuch schreiben“**



Als europafreundlichste Partei in Deutschland hätten die Grünen laut Loske „die Verpflichtung, der Europäischen Union notwendige Maßnahmen ins Stammbuch zu schreiben“. Neben einer Stärkung des sozialen Europas müsse die Finanztransaktionssteuer geschaffen werden und der Europäische Rechnungshof die Kompetenz bekommen, „den Mitgliedstaaten künftig in die Bücher zu schauen“. Loske sieht ein großes Problem darin, dass die BürgerInnen keine emotionale Bindung zu der Europäischen Union empfinden. Dem könne man nicht mit einer gemeinsamen europäischen Identität begegnen, da „Europa ein Kontinent der Differenzen ist“.

### **„Stresstest der letzten Monate nicht sonderlich positiv“**

Die Ko-Vorsitzende der Grünen/EFA Fraktion im Europäischen Parlament **Rebecca Harms**, sprach davon, dass die Europäische Union den „Stresstest“ der letzten Monate nicht sonderlich positiv bestanden habe. Man habe viel darüber gelernt, wie heterogen die EU ist. Das Ziel sollte es nun sein, die Brüche zwischen den Mitgliedstaaten zu kitten. Mehr gemeinsame Politik setze gegenseitiges Vertrauen voraus. Die Frage, welches Land jeweils gerade die Meinungsführerschaft in der EU habe, schade einem sinnvollen Umgang mit

Krisenphänomenen. So sei auch der Streit um die Frage einer Wirtschaftsregierung vordergründig. Beim jüngsten Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der trotz der andauernden Vertrauenskrise gegenüber dem Euro zeitlich erstaunlich kurz ausfiel, hätte man sich eine Konkretisierung des weiteren Vorgehens gewünscht.



Die Wahrheit liege in vielen Dingen zwischen der deutschen und der französischen Position, da man selbstverständlich alle Mitgliedstaaten ins Boot holen und gleichzeitig der Euro-Gruppe die Möglichkeiten einer stärkeren Koordinierung geben müsse. Dies sei auch ohne Vertragsveränderungen möglich, eine Debatte darüber sei zum jetzigen Zeitpunkt wenig hilfreich. Notwendig sei es, die demokratische Kontrolle von Entscheidungen gegenüber den Vertretern eines intergouvernementalen Europas, zu denen die deutsche und die französische Regierungen zähle, durchzusetzen. Das Europäische Parlament erfülle auch im Bereich wirtschaftspolitischer Angelegenheiten die Voraussetzungen, beratend Stellung zu nehmen. Die nationalen Parlamente sollten die Verhandlungen der Regierungen im ECOFIN-Rat umfassend kontrollieren.

### **„Wir streiten im Europäischen Parlament wöchentlich für unsere Rechte“**

In dem zur Asylpolitik und BürgerInnenrechte angebotenen Workshop teilte **Ska Keller**, Mitglied des Europäischen Parlaments (EP), ihre bisherigen Erfahrungswerte als stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss mit. Das EP sei sich der neuen Aufgaben bewusst, „streitet aber gerade hinsichtlich der

asylpolitischen Maßnahmen wöchentlich darum“, die vertraglich zugesicherten Mitspracherechte zu bekommen. Kommission und Rat hätten das EP als gleichrangigen Gesetzgeber anerkannt. Dies sei wichtig, da davon auch die Vergabe von Ressourcen abhängen, wie etwa die Unterstützung durch den juristischen Dienst.

**Konstantin von Notz**, innen- und netzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, berichtete, dass im Bürger- und Grundrechtsbereich des Bundestags die Abstimmung mit der europäischen Ebene ein konstantes Thema sei. Auch wenn die Mehrheit der Abgeordneten im Innenausschuss gegenüber den neuen EU-Kompetenzen in diesem Bereich skeptisch seien, sei die Verhinderung der Weitergabe von SWIFT-Bankdaten an die USA bereits ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Von den derzeitigen Nachverhandlungen des Swift-Abkommens sei bisher leider kein besserer Datenschutz zu erwarten. Sicherlich kämen, laut von Notz, aber nicht nur wünschenswerte Vorschläge von der europäischen Ebene. So werde beispielsweise der weitgehende Konsens in Deutschland gegen Netzsperrungen durch einen neuen Richtlinienvorschlag von Innenkommissarin Malmström zur Verhinderung von Kindesmissbrauch in Frage gestellt. Es ist zusätzlich fraglich, ob eine solche Regelung rechtlich überhaupt in den Kompetenzbereich der Europäischen Union falle. Deshalb habe die grüne Bundestagsfraktion das neue Instrument einer Subsidiaritätsrüge anzuwenden versucht, diese sei aber von der Regierungskoalition im Rechtsausschuss bis zum Auslaufen der Frist blockiert worden.

### **Auf dem Weg zu einer Europäischen Öffentlichkeit?**

**Jan Philipp Albrecht**, Mitglied des Europäischen Parlaments, warf die Frage auf, wie die Verantwortungsbereiche der unterschiedlichen Parlamenten klarer voneinander abgegrenzt werden könnten. Eine klarere Zuteilung von Kompetenzen würde mehr Transparenz für die BürgerInnen bedeuten. Es sei erfreulich, dass der Reformvertrag Entscheidungen des Europäischen Parlaments mehr mediale Aufmerksamkeit verschafft habe und nun auch über das jeweilige Abstimmungsverhalten der unterschiedlichen EP-Fraktionen berichtet würde.

Abschließend diskutierten die TeilnehmerInnen der Workshops über die Notwendigkeit, dass neben den Parlamenten auch nicht-staatliche Akteure als Korrektiv auf europäischer Ebene wirken müssten. Sowohl NGOs als auch Gewerkschaften sollten sich europäisch besser vernetzen. Trotz der Sprachenbarriere seien zudem Internetkampagnen und auch das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative dafür geeignet, dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit näher zu kommen.

### **„Europa der Differenzen spiegelt sich auch in der Außenpolitik wider“**

Im Workshop zur EU-Außen- und Erweiterungspolitik hob **Manuel Sarrazin**, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, hervor, dass der Vertrag von Lissabon ein effektives Handeln Europas in der Außenpolitik ermögliche. Derzeit sei es aber eher schwer, eine gemeinsame Linie zu erkennen – man müsse der Hohen Vertreterin Catherine Ashton etwas Zeit geben, um den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) aufzubauen und eine längerfristige Strategie zu entwickeln. Der Aufbau des EAD sei ein spannender Prozess mit vielen offenen Fragen, es gehe etwa um den Grad von Unabhängigkeit, den nationale Beamte von den entsendeten Außenministerien haben. Das Europäische Parlament sei hier über die Vergabe von Haushaltsmitteln sehr engagiert dabei, wobei die zivile Komponente des Diensts aus Grüner Sicht besonders wichtig sei.

**Viola von Cramon**, Sprecherin für EU-Außenbeziehungen der Bundestagsfraktion, wies darauf hin, dass das aktuelle Beispiel Kirgistans leider verdeutliche, dass die neue vertragliche Grundlage nicht automatisch zu einem entschlossenerem Auftreten der EU in Krisensituationen führe. Dafür sei vielmehr der politische Wille der Mitgliedstaaten entscheidend, die Hohe Vertreterin Ashton in entsprechenden Krisen in ihren Vermittlungsbemühungen zu unterstützen.

Der Bundestag werde sich laut Sarrazin wohl in dieser Wahlperiode noch mit der Erweiterung der Union um Island und Kroatien beschäftigen. Es gebe nach der letzten Erweiterungsrunde in dieser Frage jedoch eine gewisse Ernüchterung.

**Filiz Polat**, migrations- und europapolitische Sprecherin der Niedersächsischen Landtagsfraktion, forderte den Beitritt der Türkei unter Beachtung der

Beitrittskriterien aktiv voranzutreiben anstatt das Negativimage der Türkei aufrechtzuerhalten und dem Land weitere Hürden aufzubürden.

Zum Abschluss zogen die **VeranstalterInnen** das Fazit, dass der Reformvertrag die Rollen des Europäischen Parlaments, des Bundestags und der Landtage erheblich stärken. Darin bestehe die Möglichkeit, politische Entscheidungen auf europäischer Ebene den BürgerInnen näher zu bringen. Dabei sollte, so der Denkanstoß für zukünftige Veranstaltungen, auch die Kontroverse mit Euroskeptikern nicht gemieden werden.